

Deutschland im Herbst

Die Bekämpfung der unverändert virulenten Krisenherde erfordert vor allem von den Entscheidungsträgern in der Wirtschaft höchsten Einsatz. Effektive, pragmatische Problemlösungen sind gefragt, um noch größere Flurschäden und Flächenbrände zu verhindern. Kontraproduktiv ist in diesem Sinne die ungebrochene Neigung der Politik in Berlin und Brüssel, den Unternehmen durch immer neue Eingriffe, Vorschriften und Auflagen – unter dem Siegel des Klimaschutzes – das Überleben zu erschweren und zusätzliche Kosten aufzuzwingen. Die fatale Mischung von Bürokratie und Ideologie trägt schon jetzt zur Schwächung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Forcierung der Deindustrialisierung bei.

Schlusslicht statt Vorreiter

Deutschland ist dabei, einen Rollentausch von der einstigen Wirtschafts-Lokomotive zum konjunkturellen Schlusslicht in der Eurozone und der EU zu vollziehen. Nach der Herbstprognose der Europäischen Kommission wird das deutsche BIP 2023 um 0,6 % zurückgehen. Zum Vergleich: Für den Euroraum wird ein durchschnittliches Wachstum von 0,3 % prognostiziert. Während die Bundesrepublik mit der roten Laterne zu leben hat, rangieren die „Problemländer“ Spanien und Griechenland mit einem erwarteten Plus von 1 % ganz oben auf der Liste. Begründet wird die schwache Entwicklung Deutschlands vor allem mit der Verteuerung der Energiepreise und dem deswegen rückläufigen privaten Konsum. Außerdem werde die deutsche Wirtschaftsaktivität dadurch gedämpft, dass energieintensive Produkte nicht mehr hierzulande hergestellt würden und durch Importe ersetzt werden müssten. Angesichts der bisher noch relativ stabilen Konjunktur mehren sich aktuell die Stimmen, die behaupten, die Lage sei besser als die Stimmung. Diese Einschätzung wird allerdings nicht durch die führenden Konjunktur-Indizes bestätigt. So hat sich der Finanzmarkttest des ZEW im Oktober weiter verschlechtert. Der Frühindikator der Commerzbank verzeichnet das stärkste Minus seit 11 Jahren. Auch der ifo-Geschäftsklimaindex und der Einkaufsmanagerindex sind weiter gefallen. All das gibt keinen Anlass zur Weltuntergangsstimmung, aber auch nicht zur Gesundheitsbetriebe.

„Äußerst brisante Rezession“

Wie sich die reale Situation in der Wirtschaft darstellt, zeigt repräsentativ der „Weltmarktführerindex Deutschland“. Laut der im November vorgelegten Herbst-Umfrage hat sich das allgemeine Geschäftsklima in den letzten sechs Monaten massiv eingetrübt. Die Daten erreichen teilweise historische Tiefststände. Der „erträgliche“ Auftragseingang helfe nicht angesichts der erheblichen Lieferkettenprobleme. Die Vielfach-Krise aus Ukraine-Krieg, hoher Inflation und Fachkräftemangel werde zu einer „äußerst brisanten Rezession“ führen. Jedes zweite Weltmarktführer-Unternehmen beurteilt das Geschäftsklima zwischen „schlecht“ und „schlechter geht es nicht“. Interessant ist auch die Bewertung der Attraktivität der Zielregionen. Aus Sicht der befragten Firmen rangieren die USA (mit 53,2 % der Nennungen) wieder mit Abstand vor Asien (37,1 %). Nur noch 3,2 % bezeichnen Europa als attraktivste Wirtschaftsregion. Bemerkenswert ist auch die unverändert hohe Standorttreue. Nur 6,5 % der Unternehmen denken wegen als unvorteilhaft empfundener Rahmenbedingungen über eine Verlegung der Zentrale ins Ausland nach. Schlechte Noten von den Entscheidern erhält die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland. Sie wird von über der Hälfte als „mangelhaft“ und „ungenügend“ empfunden. Die Durchschnittsnote hat sich seit Frühjahr 2022 von 3,3 auf einen neuen Negativrekord von 4,3 verschlechtert.

Domino-Effekte

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) rechnet für das Jahr 2022 mit einem verheerenden Produktionseinbruch von 8,5 %. Die Branche gilt bekanntlich als Seismograf für die ökonomische Entwicklung der folgenden Monate. Befürchtet wird ein von der Chemie ausgelöster Kaskadeneffekt mit erheblichen volkswirtschaftlichen Verwerfungen. Als Folge könnten womöglich viele Betriebe in anderen Sektoren die Produktion einstellen und Insolvenz beantragen müssen. Der CEO des Spezialchemie-Konzerns Covestro bezeichnet vor diesem Hintergrund eine schleichende Deindustrialisierung als reales Risiko. Europa befinde sich in der schwersten Krise der Nachkriegszeit. Als Illusion bezeichnet der VCI die Hoffnung, „mit Staatsgeld durch die Energiekrise zu kommen und dann in den alten Strukturen weiterzumachen“. Parallel zum kurzfristigen Krisenmanagement stünden auch die notwendigen langfristigen Strukturanpassungen für

die Zukunft an. Sorgen bereitet der Branche der Green Deal der EU, der fast ausschließlich auf „einen überdimensionierten regulatorischen Werkzeugkasten“ setze. Schon heute gebe es 7.100 Seiten an Regulierungs-Vorschriften für die Chemieindustrie. Der Warenkreditversicherer Allianz Trade erwartet für 2023 einen Anstieg der Insolvenzen um 17 % auf etwa 17.150 Fälle. Restrukturierungs-Experten der TMA Deutschland warnen davor, dass auf die meisten Unternehmen im kommenden Jahr starker Gegenwind zukomme. Wesentliche Herausforderungen seien eine sinkende Konsumnachfrage, weitere Kosteninflation und deutlich erschwerte Finanzierungsbedingungen. Die Refinanzierung werde durch steigende Zinsen und Risikoaufschläge schwieriger.

Die Kosten der Krisen

Durch Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg ist das reale BIP in Deutschland – nach einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) – um rund 420 Mrd. Euro geringer ausgefallen, als es ohne diese Ereignisse der Fall gewesen wäre. Der größte Wertschöpfungsverlust war mit 175 Mrd. Euro im ersten Corona-Jahr zu konstatieren. Im Jahr 2021 kam es vor allem im ersten Quartal zu deutlichen Ausfällen. Im Jahresverlauf traten dann aufgrund der global gestörten Lieferketten vor allem in der Industrie zusätzliche Produktionsprobleme auf. Insgesamt beliefen sich die krisenbedingten BIP-Einbußen im zweiten Corona-Jahr auf etwa 125 Mrd. Euro. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung zu Anfang 2022 wurde von der russischen Invasion abrupt beendet. Hinzu kamen weiterhin pandemiebedingte Störungen der weltweiten Lieferketten sowie Kaufkraftverluste infolge gestiegener Preise. Die Kosten von Krieg und Corona für das dritte Pandemiejahr 2022 beziffert das IW auf 120 Mrd. Euro. Eingeschränkte Einkaufsmöglichkeiten und die seit Mitte 2021 steigende Inflation, die die Kaufkraft der Privathaushalte schwächt, haben insgesamt zu Konsumeinbußen von etwa 400 Mrd. Euro geführt, was 5.000 Euro pro Einwohner entspricht.

Inflation als Methode?

Die deutsche Inflationsrate ist im Oktober auf 10,4 % gestiegen, den höchsten Wert seit Dezember 1951. Die Bandbreite zeigt sich exemplarisch an den Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte, die im Oktober – gegenüber dem Vorjahresmonat – um 34,5 % zugelegt haben. Im September hatte die Veränderungsrate sogar bei 45,8 % gelegen. Zu beachten ist in dem Zusammenhang, dass die Firmen ihre gestiegenen Einkaufspreise – laut ifo-Institut – erst zu 34 % an ihre Kunden weitergegeben haben. Das bedeute weiteren Inflationsdruck bei den Verbraucherpreisen in den nächsten Monaten. Die Branchen unterscheiden sich erheblich: Am stärksten plant die Industrie, höhere Einkaufspreise für Energie, Rohstoffe und Vormaterialien durchzureichen mit 68 Prozent, dann folgt der Bau mit 66 Prozent. Im Handel sind es 53 Prozent, bei den Dienstleistern nur 36 Prozent. In der Industrie allein reicht die Spanne von 89 Prozent bei den Produzenten von Schuhen und Lederwaren bis zu 38 Prozent in der Getränkeherstellung. Prof. Hans-Werner Sinn hat in einem Gespräch auf die Frage, warum die EZB die hohen Inflationsraten so lange hingenommen habe, so geantwortet: *„Viele wollen eine Inflation auch in Europa. Das darf man nicht in Abrede stellen, und wir dürfen nicht vergessen: Frau Lagarde hat, als sie Präsidentin des IWF war, durch ihren Chefvolkswirt Olivier Blanchard das Inflationsziel von vier Prozent ins Spiel gebracht. Man sah vielfach die Inflation als Möglichkeit, die überschuldeten Staaten nun endlich zu retten. Das ist ja die heimliche Agenda, die viele im Hinterkopf haben, dass man das Schuldenproblem durch eine Inflation löst. Nur sagt das keiner so offen.“*

„Lustvolle Selbstzerstörung“

In einem bemerkenswerten 'Cicero'-Interview hat Prof. Thomas Koch, Spezialist für Verbrennungsmotoren am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), höchst fundierte Kritik am EU-Beschluss zum Verbrenner-Aus per 2035 geübt. Er bezeichnet diese Politik als „indiskutabel“ und „umweltschädlich“, plädiert stattdessen für die Optimierung von Verbrennungsmotoren sowie deren Betankung mit regenerativen Kraftstoffen (Re-Fuels). Schon heute sei der moderne Verbrenner dem E-Auto ökonomisch und technologisch überlegen, weil er weniger Halbleiterprodukte brauche, günstiger in der Herstellung sei, auf etablierte Recyclingprozesse zurückgreifen könne und krisenerprobte Zulieferstrukturen aufweise. Außerdem habe er eine größere Reichweite, sei leistungsfähiger auf langen Strecken und auch bei extremer Witterung verlässlich einsetzbar. Keine andere Weltregion sei so verblendet wie Europa, den Verbrenner zugunsten des E-Autos komplett auszumustern, kritisiert Koch. In Japan, China und den USA entwickle man den Verbrennungsmotor weiter in Richtung Re-Fuel. Mit dem Ausstieg aus der Verbrenner-Technologie gehe Europa und vor allem Deutschland wertvolles Know-how verloren. Hochqualifizierte Ingenieure werden das Land verlassen. Deutschland werde seine Position als Weltmarktführer in der Automobilindustrie, die am Verbrenner hängt, verlieren – und mit ihr Arbeitsplätze und Wohlstand. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, sagt Koch, *„dass es fast schon mutwillige Absicht ist, dieses wertvolle Juwel zu zerstören“*. Malte Fischer, der Chefvolkswirt der 'WirtschaftsWoche' nimmt dieses Interview zum Anlass für folgende Anmerkungen: *„Nach den Atomkraftwerken und den Kohlekraftwerken ist der Verbrennungsmotor die nächste Technologie, aus der Deutschland auszusteigen gedenkt. Kein Land der Welt ist so selbstvergessen und selbstzerstörerisch-lustvoll bereit, seinen eigenen industriellen Niedergang ökologisch verbrämt zu zelebrieren wie Deutschland. Grüne, Sozialisten und andere Anhänger der großen „Transformation“ haben das Spiel über*

die Brüsseler EU-Bande perfektioniert. Unter den staunend-wohlwollenden Blicken chinesischer, amerikanischer und japanischer Konkurrenten sind sie dabei, die deutsche Autoindustrie, den industriellen Kern Europas, zu zerlegen. Was aber ist Deutschland wert, wenn es demnächst Autos, Strom, Chemikalien und sowieso alle energieintensiven Produkte importieren muss, weil es unter dem Regime grüner Antikapitalisten die energetischen und regulativen Grundlagen seiner eigenen Produktion zerstört hat? Wo sind die Arbeitsplätze, die Unternehmen und die Produkte, mit denen das Geld zur Begleichung der Importrechnung verdient wird? Der Sozialismus hat es noch immer vermocht, Wohlstand zu vernichten – auch dann, wenn er unter dem Deckmantel des Umwelt- und Klimaschutzes daher kommt.“

Der Unternehmer Dietrich W. Thielenhaus kommentiert aktuelle Entwicklungen in Politik und Wirtschaft.



Dietrich W. Thielenhaus

Gastautor

Als Gastkommentar gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Der 'markt intern'-Verlag/Düsseldorf vertritt die Interessen mittelständischer Unternehmer in Handel, Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe. Anzeigenfreiheit erlaubt 'markt intern' eine unabhängige und kritische Berichterstattung in über 20 Informationsbriefen. Der Verlag unterstützt seine Leser in allen unternehmerischen Belangen. Praxishilfen in Form von Sonderbeilagen und Ratgebern komplettieren das Leistungsspektrum.

markt intern Verlag GmbH | Breite Straße 20 | 40670 Meerbusch | Tel.: +49 211 6698-0 | Fax: +49 211 6698-222 | E-Mail: info@markt-intern.de | www.markt-intern.de